

Fachbeitrag zur erweiterten Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 UVPG

**zum Antrag auf Errichtung und zum Betrieb von zwei
Windenergieanlagen nördlich von Meiste, Stadt Rüthen,
Kreis Soest**



MESTERMANN
LANDSCHAFTSPLANUNG

GmbH & Co. KG

Brackhüttenweg 1
59581 Warstein-Hirschberg
☎ 02902-66031-0
info@mestermann-landschaftsplanung.de

Fachliche Grundlage zur erweiterten Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 UVPG

**zum Antrag auf Errichtung und zum Betrieb von zwei Windenergieanlagen
nördlich von Meiste, Stadt Rüthen, Kreis Soest**

Auftraggeber:
MK Windkraft
Am Wördehoff 2
59597 Erwitte

Verfasser:
Mestermann Landschaftsplanung GmbH & Co. KG
Brackhüttenweg 1
59581 Warstein-Hirschberg

Bearbeiter:
Jennifer Hofmann
Dipl. Ing. Landschaftsarchitektur

Bertram Mestermann
Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt

Proj.-Nr. 2441

Warstein-Hirschberg, Dezember 2024

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	II
Tabellenverzeichnis	II
1.0 Einleitung und Aufgabenstellung.....	1
1.1 Veranlassung und Aufgabenstellung	1
1.2 Vorhabensbeschreibung.....	2
2.0 Methodische Vorgehensweise	4
3.0 Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und Objekte sowie von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien)	5
3.1 Natura 2000-Gebiete (§ 7 Abs. 1 Nr. 8 BNatSchG)	6
3.2 Landschaftsschutzgebiete (§ 26 BNatSchG)	7
3.3 Gebiete, die als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft sind	8
4.0 Weitere Vorgehensweise gemäß UVPG	10
5.0 Standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls auf Grundlage erweiterter Kriterien	12
5.1 Merkmale des Vorhabens.....	12
5.1.1 Größe und Ausgestaltung des Vorhabens und so weit relevant, der Abrissarbeiten.....	12
5.1.2 Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten	12
5.1.3 Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt.....	12
5.1.4 Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Absatz 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.....	13
5.1.5 Umweltverschmutzung und Belästigungen	14
5.1.6 Unfallrisiko, insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien.	14
5.1.7 Risiken für die menschliche Gesundheit	15
5.2 Standort des Vorhabens.....	15
5.2.1 Bestehende Nutzungen des Gebietes.....	15
5.2.2 Reichtum, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen	16
5.3 Art und Merkmale der Auswirkungen	19
5.3.1 Art und Ausmaß der Auswirkungen.....	19
5.3.2 Grenzüberschreitender Charakter der Auswirkungen.....	23
5.3.3 Schwere und Komplexität der Auswirkungen	23
5.3.4 Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen	23
5.3.5 Zeitpunkt des Eintretens sowie Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen	23
5.3.6 Zusammenwirken mit Auswirkungen anderer Vorhaben	23
5.3.7 Verminderung von Auswirkungen	24
6.0 Abschätzung der Umweltauswirkungen	28

Verzeichnisse

Quellenverzeichnis	29
--------------------------	----

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Lage der geplanten Anlagestandorte	1
Abb. 2	Darstellung der Anlagenstandorte	3
Abb. 3	Lage der geplanten WEA (rot-schwarze Kreise) zu dem Vogelschutzgebiet (gelbe Fläche) im Untersuchungsgebiet 500 m	7
Abb. 4	Lage der geplanten WEA (rot-schwarze Kreise) zu den Landschaftsschutzgebieten	8
Abb. 5	Ablaufschema der allgemeinen und der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls gem. UVPG	10

Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Technische Daten der geplanten WEA.	2
Tab. 2	Koordinaten der Anlagenstandorte (UTM / ETRS89-Koordinaten).	2
Tab. 3	Überblick über die Schutzkriterien gem. Nr. 2.3 der Anlage 3 UVPG in den betrachtungsrelevanten Untersuchungsgebieten (LANUV 2024).	5
Tab. 4	Flächeninanspruchnahme durch die geplanten WEA und die dazugehörigen Nutzflächen.	12
Tab. 5	Flächenanteile der Landschaftsräume in den Untersuchungsgebieten der geplanten Windenergieanlagen	18

1.0 Einleitung und Aufgabenstellung

1.1 Veranlassung und Aufgabenstellung

Das MK Windkraft Beteiligungsprojekt plant nordöstlich von Meiste, Stadt Rüthen im Kreis Soest die Errichtung und den Betrieb von zwei Windenergieanlagen (WEA) des Typs ENERCON E-160. Die WEA sind auf einer Ackerfläche geplant. Es handelt sich um die Flurstücke 11 und 39 der Flur 4 in der Gemarkung Meiste.

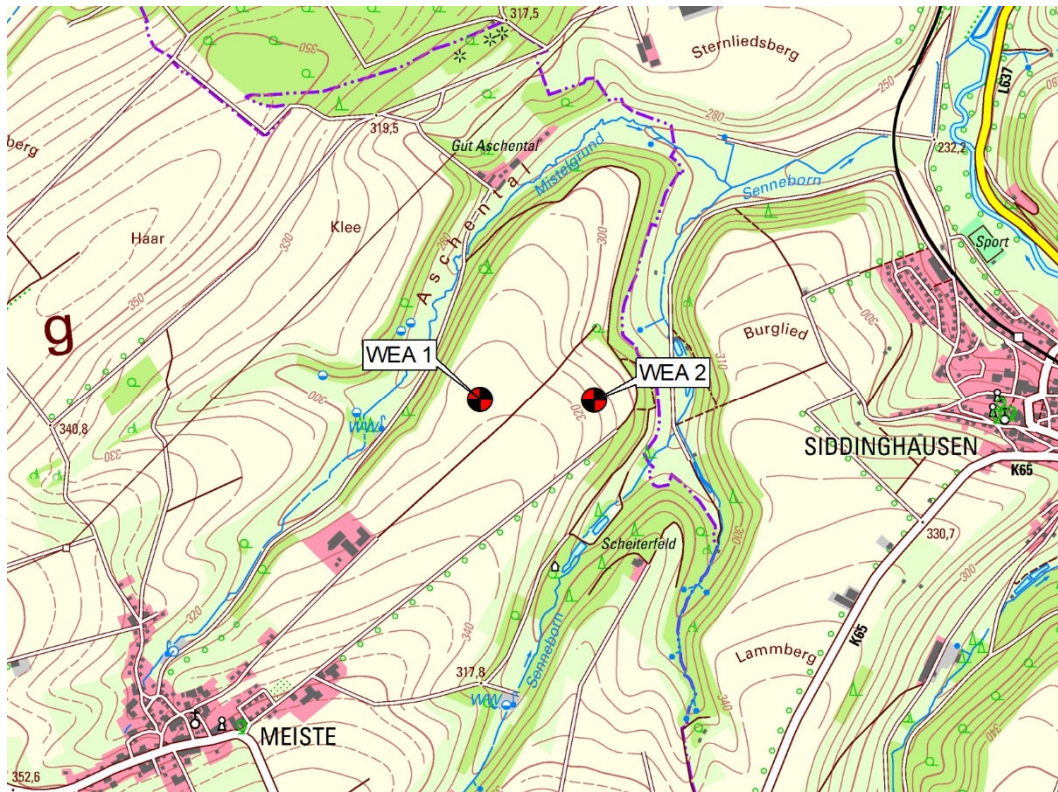


Abb. 1 Lage der geplanten Anlagestandorte (rot-schwarze Kreise) auf Grundlage einer Topografischen Karte.

Es befindet sich eine weitere, beantragte WEA (Ru063 (KREIS SOEST 2024)) im betrachtungsrelevanten Umfeld der geplanten WEA. Gemäß Anlage 1 UVPG ist bei der „Errichtung und dem Betrieb einer Windfarm mit einer Gesamthöhe von jeweils mehr als 50 m“ mit „3 bis weniger als 6 Windkraftanlagen“ (Nr. 1.6.3) eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen.

Auf Grundlage dieser Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 UVPG wird von der zuständigen Behörde geprüft, ob die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Die UVP-Pflicht besteht, wenn das Vorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Die fachliche Grundlage zur allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 UVPG zur Errichtung und zum Betrieb von drei Windenergieanlagen wird hiermit vorgelegt.

Einleitung und Aufgabenstellung

1.2 Vorhabensbeschreibung

Vorgesehen ist die Errichtung von zwei WEA des Typ ENERCON E-160 mit einer Nabenhöhe von je 166,60 m und je 160,00 m Rotordurchmesser. Die Gesamthöhe der WEA beträgt bei senkrecht gestellter Rotorblattspitze jeweils 246,60 m.

Tab. 1 Technische Daten der geplanten WEA.

Hersteller	ENERCON
Typenbezeichnung	E-160
Rotordurchmesser	160 m
Nabenhöhe	166,60 m
Gesamthöhe	246,60 m
Blattanzahl	3

Lage des Vorhabens

Die geplanten WEA befinden sich im Kreis Soest im Stadtgebiet von Rüthen, Regierungsbezirk Arnsberg.

Tab. 2 Koordinaten der Anlagenstandorte (UTM / ETRS89-Koordinaten).

Lage der Anlagenstandorte		
	X-Koordinate	Y-Koordinate
WEA 1	465512,60	5707987,40
WEA 2	465898,32	5707985,41

Gegenstand der Planung

Gegenstand der Planung sind die direkten Anlagenstandorte sowie die Kranstellflächen, Zuwegungen und Fundamente. Diese werden dauerhaft errichtet. Zusätzlich beinhaltet die Planung eine temporäre Errichtung der Montageflächen, Parkflächen, Lagerflächen sowie den Müllsammelplatz (vgl. Abb. 2). Die genannten Elemente sind durchweg neu zu errichten.

Einleitung und Aufgabenstellung

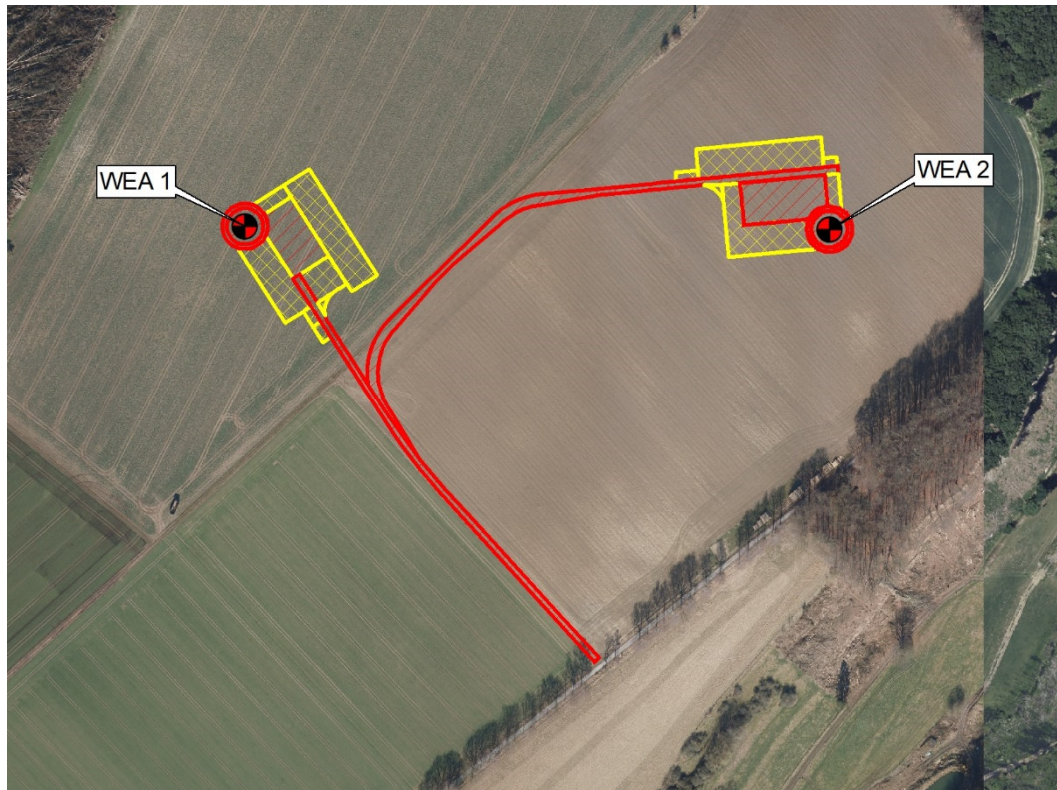


Abb. 2 Darstellung der Anlagenstandorte (rot-schwarze Kreise) sowie der dazugehörigen Nutzflächen (dauerhaft = rot schraffiert, temporär = gelb schraffiert) auf Basis des Luftbildes.

Die geplanten WEA liegen in einer ausgedehnten, flachwelligen Ackerlandschaft. Nordwestlich sowie südöstlich der beiden geplanten WEA verlaufen die Bachtäler „Aschentäl mit Fließgewässer Mistelgrund“ und „Senneborn“. Die beiden Bachtäler sind in ihren Auen von Grünland und entlang der Hänge von Wald begleitet. Entlang eines Wirtschaftsweges südlich der Planung verläuft eine Baumreihe aus Birken. Aufgrund der flachwelligen Geländesituation sind je nach Standort des Betrachters weite Blicke in die Agrarlandschaft mit ihren vereinzelt Gehölzflächen möglich. Östlich der Planung liegt der Siedlungsbereich von Siddinghausen und im Süden der Siedlungsbereich von Meiste.

2.0 Methodische Vorgehensweise

Gemäß § 7 Nr. 2 UVPG ist bei einem Neuvorhaben, das in Anlage 1 Spalte 2 mit dem Buchstaben „S“ gekennzeichnet ist, durch die zuständige Behörde eine standortbezogene Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht durchzuführen. Die standortbezogene Vorprüfung wird als überschlägige Prüfung in zwei Stufen durchgeführt. In der ersten Stufe prüft die zuständige Behörde, ob bei dem Neuvorhaben besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 aufgeführten Schutzkriterien vorliegen. Ergibt die Prüfung in der ersten Stufe, dass keine besonderen örtlichen Gegebenheiten vorliegen, so besteht keine UVP-Pflicht. Ergibt die Prüfung in der ersten Stufe, dass besondere örtliche Gegebenheiten vorliegen, so prüft die Behörde auf der zweiten Stufe unter Berücksichtigung der in Anlage 3 aufgeführten Kriterien, ob das Neuvorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die die besondere Empfindlichkeit oder die Schutzziele des Gebietes betreffen und nach § 25 Abs. 2 bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Die UVP-Pflicht besteht, wenn das Neuvorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde solche Umweltauswirkungen haben kann.

Gemäß § 7 Nr. 4 UVPG ist zur Vorbereitung der Vorprüfung der Vorhabensträger verpflichtet, der zuständigen Behörde geeignete Angaben nach Anlage 2 zu den Merkmalen des Neuvorhabens und des Standorts sowie zu den möglichen erheblichen Umweltauswirkungen des Neuvorhabens zu übermitteln (BMU 2003).

Die zuständige Behörde dokumentiert die Durchführung und das Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung (vgl. § 7 Nr. 7 UVPG).

3.0 Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und Objekte sowie von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien)

Es ist zu prüfen, ob das geplante Vorhaben zu erheblichen und/oder nachteiligen Wirkungen auf die in Nr. 2.3 der Anlage § UVPG aufgeführten Schutzgebiete und besonders geschützten Bereiche führen kann. Hier sind auch Schutzgebiete nach dem jeweiligen Landesrecht zu berücksichtigen.

Für raumwirkende Schutzgebiete oder besonders geschützte Bereiche, deren Schutzzweck u. a. den Erhalt der biologischen Vielfalt in einem Raum oder einer Landschaft umfasst, wird ein dementsprechend großflächiges Untersuchungsgebiet (500 m-Radius um die Planung) gewählt. Bei Schutzgebieten oder besonders geschützten Bereichen, die dem Objektschutz oder kleinteiligem Flächenschutz zugeordnet sind, erfolgt die Betrachtung in einem Untersuchungsgebiet im 100 m-Radius um die Planung.

Unabhängig von Hinweisen auf ein Vorhandensein von Bodendenkmälern verbleibt die Pflicht, während der Erdarbeiten entdeckte Funde oder auffällige Bodenverfärbungen unverzüglich der zuständigen Denkmalbehörde zu melden und die Fundstelle in unverändertem Zustand zu erhalten.

Tab. 3 Überblick über die Schutzkriterien gem. Nr. 2.3 der Anlage 3 UVPG in den betrachtungsrelevanten Untersuchungsgebieten (LANUV 2024).

Schutzkriterien	UG	Schutzgebiet im UG	
		WEA 1	WEA 2
Natura 2000-Gebiete gem. § 7 Abs. 1 Nr. 8 BNatSchG	500 m	X	X
Naturschutzgebiete gem. § 23 BNatSchG	500 m		
Nationalparks und Nationale Naturmonumente gem. § 24 BNatSchG	500 m		
Biosphärenreservate gem. § 25 BNatSchG	500 m		
Landschaftsschutzgebiete gem. § 26 BNatSchG	500 m	X	X
Naturdenkmäler gem. § 28 BNatSchG	100 m		
geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen gem. § 29 BNatSchG	100 m		
gesetzlich geschützte Biotop gem. § 30 BNatSchG	100 m		
Wasserschutzgebiete gem. § 51 WHG	500 m		
Heilquellenschutzgebiete gem. § 53 Abs. 4 WHG	500 m		

Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und Objekte sowie von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien)

Schutzkriterien	UG	Schutzgebiet im UG	
		WEA 1	WEA 2
Risikogebiete gem. § 73 Abs. 1 WHG	500 m		
Überschwemmungsgebiete gem. § 76 WHG	500 m		
Gebiete, in denen die Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind gem. Wasserrahmenrichtlinie und Luftqualitätsrahmenrichtlinie sowie deren Tochterrichtlinien	500 m	X	X
Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte i.S. des § 2 Abs. 2 ROG	500 m		
in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Baudenkmäler, Bodendenkmäler	100 m		
Gebiete, die als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind	500 m	X	X

3.1 Natura 2000-Gebiete (§ 7 Abs. 1 Nr. 8 BNatSchG)

Für bestimmte Lebensraumtypen und Arten, für deren Fortbestand nur in Europa Sorge getragen werden kann, müssen gemäß der sog. FFH-Richtlinie der EU „Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung“ ausgewiesen werden, um eine langfristig gute Überlebenssituation für diese Arten und Lebensräume zu gewährleisten. Diese FFH-Gebiete und die Vogelschutzgebiete, die gemäß der Vogelschutzrichtlinie der EU für europäische Vogelarten auszuweisen sind, werden zusammengefasst als Natura 2000-Gebiete bezeichnet.

Innerhalb des Untersuchungsgebietes 500 m um die geplanten WEA befindet das Vogelschutzgebiet DE-4415-401 „VSG Hellwegbörde“. Mögliche Wirkungen des Vorhabens auf das Vogelschutzgebiet werden in einem gesondert erstellten Fachbeitrag zur FFH-Verträglichkeitsprüfung (LOSKE 2023A) beschrieben.

Als Fazit der Prüfung der FFH-Verträglichkeit zeigt die zusammenfassende Betrachtung aller Vogelarten 12 nachgewiesene Vogelarten im maximalen Wirkraum und 8 WEA-empfindliche Arten (die in Anhang 4 des Leitfadens NRW aufgeführt sind und in der Vergangenheit im maximalen Wirkraum nachgewiesen wurden), dass sich bei allen 20 geprüften bzw. abgeschichteten Vogelarten, die als Erhaltungsziele gelten, keine Hinweise auf erhebliche Beeinträchtigungen ergeben. Insbesondere erfolgen keine Unterschreitungen von Mindestabständen zwischen WEA und Brut- und Rastplätzen WEA-empfindlicher Vogelarten.

Auch die Summationsbetrachtung ergibt keine Hinweise auf erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele. Das Vorhaben ist somit als verträglich mit den Erhaltungszielen des VSG einzustufen. Es werden lediglich Vermeidungs- und Schadensbegrenzungsmaßnahmen für die FFH-relevante Vogelart Rotmilan benannt. Weitere Vermeidungsmaßnahmen für FFH-relevante Vogelarten sind darüber hinaus nach den Daten dieser Untersuchung nicht erforderlich (vgl. LOSKE 2023A)

Da der Wirkraum des Vorhabens bis in das Vogelschutzgebiet hineinreicht, liegen besondere örtliche Gegebenheiten im Sinne des UVPG vor.

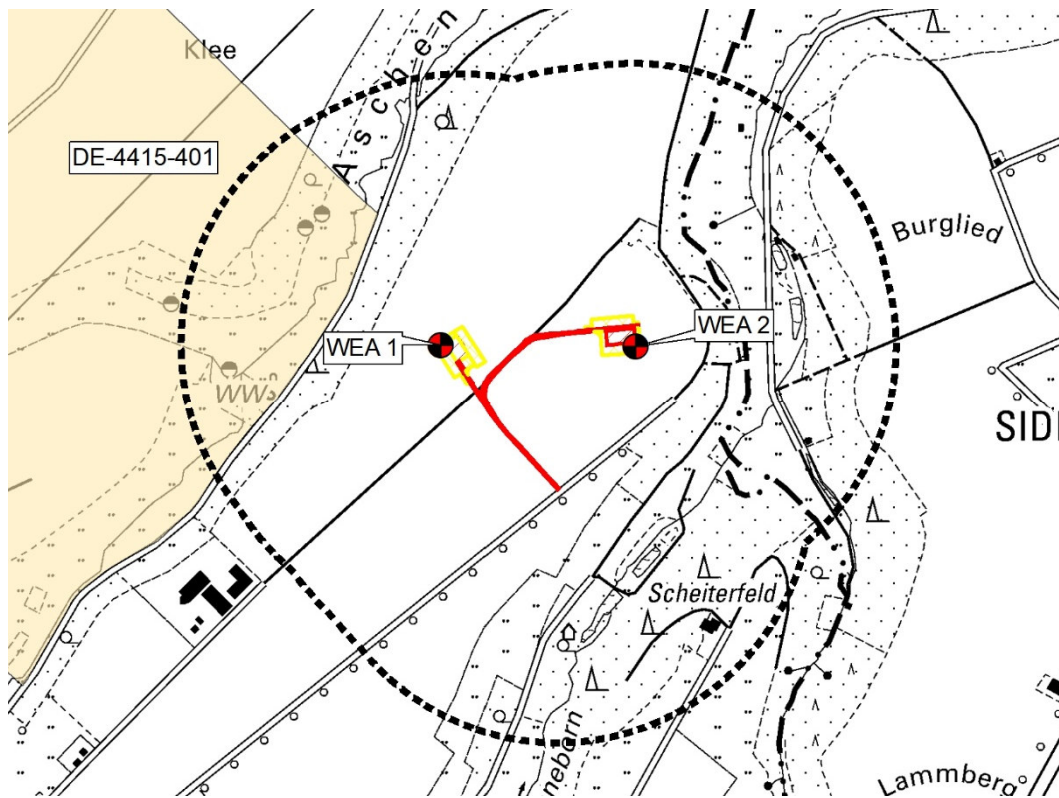


Abb. 3 Lage der geplanten WEA (rot-schwarze Kreise) zu dem Vogelschutzgebiet (gelbe Fläche) im Untersuchungsgebiet 500 m (schwarze Strichlinie). Die Nutzflächen sind rot umrandet (dauerhaft beansprucht) bzw. gelb umrandet (temporär beansprucht) auf Grundlage der Topografischen Karte.

3.2 Landschaftsschutzgebiete (§ 26 BNatSchG)

Ein Landschaftsschutzgebiet ist nach § 26 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) eine Gebietsschutzkategorie des Naturschutzrechts. Gegenüber Naturschutzgebieten zielen Schutzgebiete des Landschaftsschutzes auf das allgemeine Erscheinungsbild der Landschaft, sind oft großflächiger, Auflagen und Nutzungseinschränkungen hingegen meist geringer. Verboten sind insbesondere alle Handlungen, die den „Charakter“ des Gebiets verändern.

Innerhalb des Untersuchungsgebietes 500 m um die beiden geplanten WEA befinden sich zwei Landschaftsschutzgebiete „Landschaftsschutzgebiet im Kreis Soest“ (LSG-4315-0009) sowie „Landschaftsschutzgebiet Seitentäler von Alme und Afte“ (LSG-4416-0001). Die Landschaftsschutzgebiete werden durch die Planung nicht tangiert. Eine weiterführende Betrachtung ist daher nicht erforderlich.

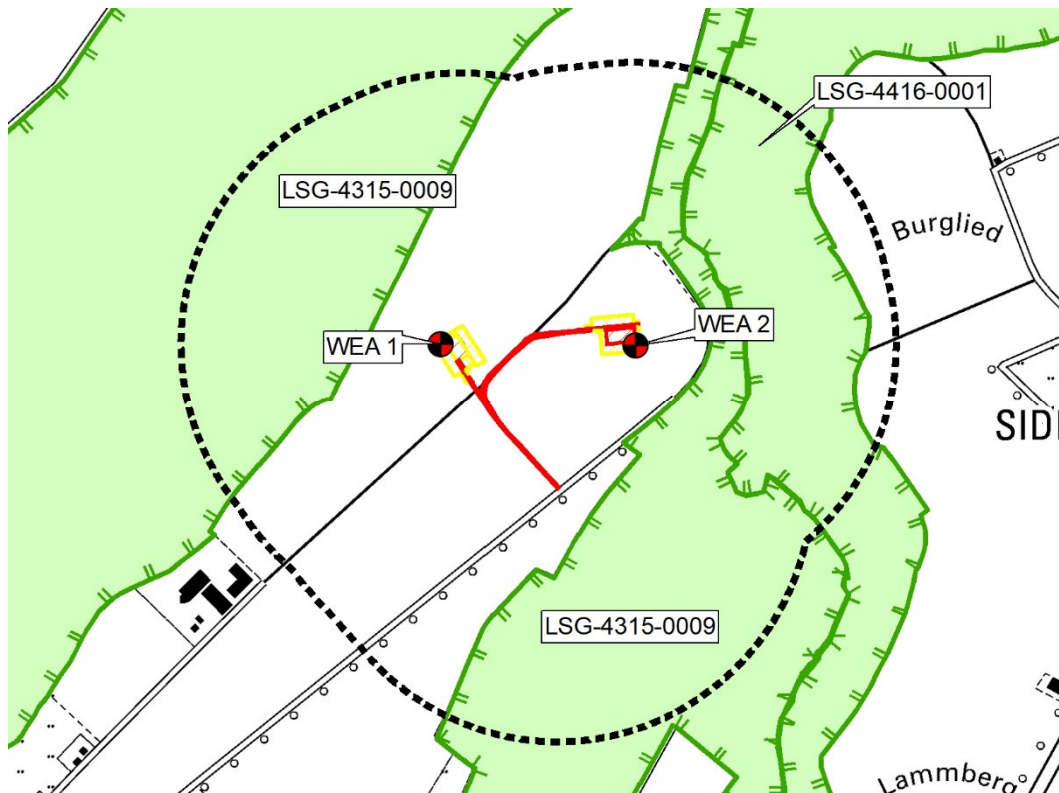


Abb. 4 Lage der geplanten WEA (rot-schwarze Kreise) zu den Landschaftsschutzgebieten (grüne Flächen) im Untersuchungsgebiet 500 m (schwarze Strichlinie). Die Nutzflächen sind rot umrandet (dauerhaft beansprucht) bzw. gelb umrandet (temporär beansprucht) auf Grundlage der Topografischen Karte.

Gemäß § 26 BNatSchG gilt: „In einem Landschaftsschutzgebiet sind die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie der zugehörigen Nebenanlagen nicht verboten, wenn sich der Standort der Windenergieanlagen in einem Windenergiegebiet nach § 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes [WindBG] vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353) befindet. Satz 1 gilt auch, wenn die Erklärung zur Unterschutzstellung nach § 22 Absatz 1 entgegenstehende Bestimmungen enthält. Für die Durchführung eines im Übrigen zulässigen Vorhabens bedarf es insoweit keiner Ausnahme oder Befreiung. Bis gemäß § 5 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes festgestellt wurde, dass das jeweilige Land den Flächenbeitragswert nach Anlage 1 Spalte 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes oder der jeweilige regionale oder kommunale Planungsträger ein daraus abgeleitetes Teilflächenziel erreicht hat, gelten die Sätze 1 bis 3 [des Absatzes 3] auch außerhalb von für die Windenergienutzung ausgewiesenen Gebieten im gesamten Landschaftsschutzgebiet entsprechend.“

Demzufolge liegen keine besonderen örtlichen Gegebenheiten im Sinne des UVPG vor.

3.3 Gebiete, die als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft sind

Die Anlagenstandorte der geplanten WEA im Bereich des Kulturlandschaftlichen Fachbeitrags zum Regionalplan Regierungsbezirk Arnsberg – Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis) (LWL 2010). Hier ist

Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und Objekte sowie von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien)

jedoch kein bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich. Die Untersuchungsgebiete 500 m der geplanten WEA schneiden den bedeutsamen Kulturlandschaftsbereich der Fachsicht Archäologie „Bergbauzonen südliches Sintfeld“ (A 16.01) im Bereich des angrenzenden Kulturlandschaftlichen Fachbeitrag zur Regionalplanung – Regierungsbezirk Detmold (LWL 2017).

Bergbauzonen südliches Sintfeld

„In diesen beiden Bereichen ist vor allem der mittelalterliche und neuzeitliche Bergbau sehr aktiv gewesen. Hier sind im Besonderen die Bleikuhlen im Grenzbereich von Lichtenau-Blankenrode und Warburg-Scherfede zu nennen, wo noch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein Blei abgebaut wurde. Es gibt aber auch Hinweise, dass schon in vorgeschichtlicher Zeit Erze im Tagebau gewonnen wurden. Vielfach wurden die ältesten Bergbauspuren durch die mittelalterlich-neuzeitlichen Abbauaktivitäten jedoch völlig zerstört, sodass der vorgeschichtliche Bergbau nur schwer nachzuweisen ist.

Leitbilder

In dieser Zone spielen Bergbau und mittelalterliche Besiedlung eine wichtige Rolle. Bergbau, geografisch als Fortsetzung des Bergbaus im Sauerland zu sehen, wurde schon als Abbau von Bleierzen seit der Zeit der Römer betrieben. Die Stadtwüstung Blankenrode hat in diesem Zusammenhang als mittelalterlicher Wirtschaftsstandort eine besondere Schutzwürdigkeit.

Fachliche Ziele

Die Erhaltung von Bergbaurelikten, sensible Planungen und fachlich kontrollierte Bodeneingriffe sind Ziele für den Schutz und die dauerhafte Erhaltung der Bodendenkmäler. Der Ausbau der touristischen Erschließung kann mit der besseren Sicherung dieser Bodendenkmäler verknüpft werden.“ (LWL 2017)

Die Anlagenstandorte der geplanten WEA liegen nicht in dem bedeutsamen Kulturlandschaftsbereich, sondern schneiden diesen nur randlich. Zusätzlich stehen Vorhaben der Windenergie den Leitbildern und fachlichen Zielen nicht entgegen, so dass keine besonderen örtlichen Begebenheiten im Sinne des UVPG vorliegen.

Unabhängig von Hinweisen auf ein Vorhandensein von Bodendenkmälern verbleibt die Pflicht, während der Erdarbeiten entdeckte Funde oder auffällige Bodenverfärbungen unverzüglich der zuständigen Denkmalbehörde zu melden und die Fundstelle in unverändertem Zustand zu erhalten.

4.0 Weitere Vorgehensweise gemäß UVPG

Gemäß § 7 Nr. 2 UVPG ist bei Vorliegen besonderer örtlichen Begebenheiten eine Betrachtung des Vorhabens unter den Gesichtspunkten der in Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien durchzuführen. Diese erweiterte Betrachtung umfasst laut dem „Leitfaden zur Vorprüfung des Einzelfalls im Rahmen der Feststellung der UVP-Pflicht von Projekten“ (BMU 2003) die Kriterien der Nr. 1, Nr. 2.3 und Nr. 3 der Anlage 2 UVPG. Dabei sind „bezüglich der in Nr. 2.3 der Anlage 2 zum UVPG genannten Merkmale des Standortes [...] nur die Auswirkungen des Vorhabens relevant, die die besondere Empfindlichkeit oder die Schutzziele des Gebietes betreffen.“ (BMU 2003).

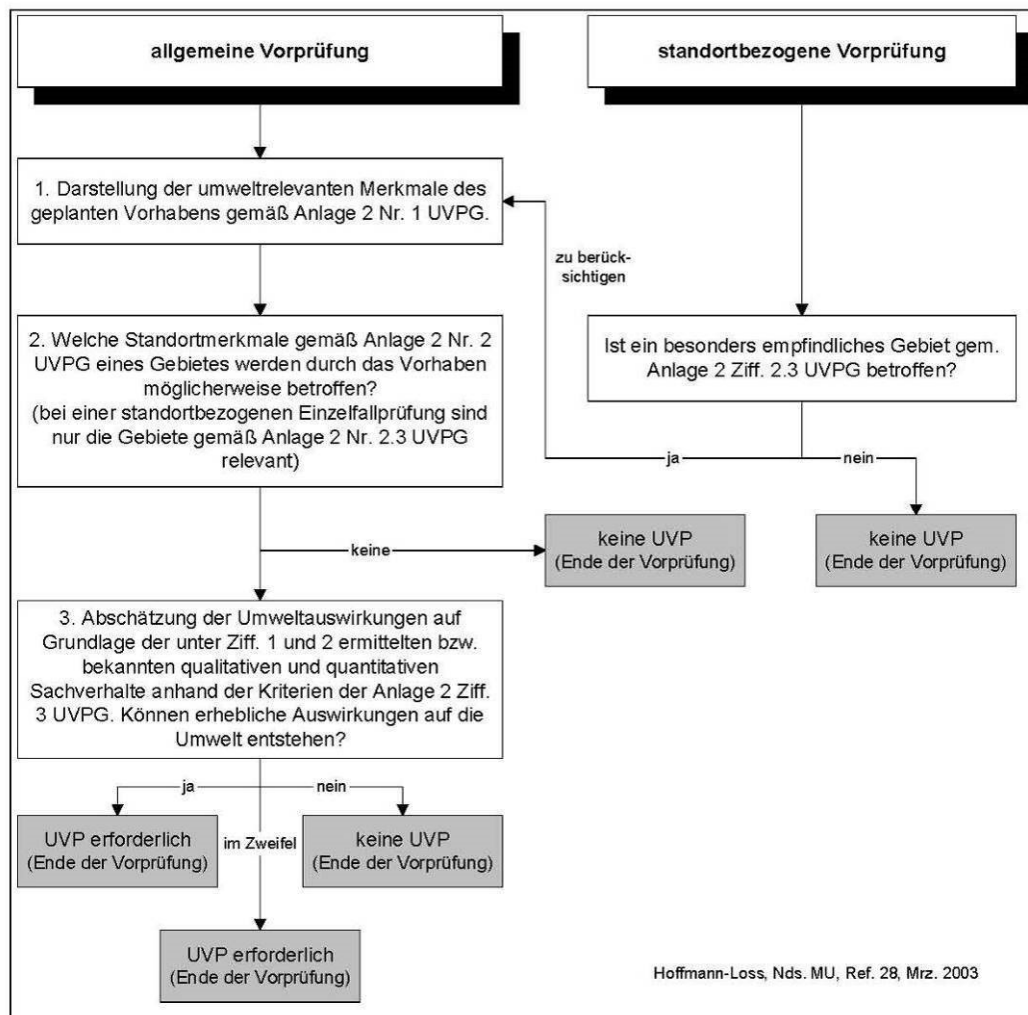


Abb. 5 Ablaufschema der allgemeinen und der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls gem. UVPG (BMU 2003).

Weitere Vorgehensweise gemäß UVPG

Das geplante Vorhaben soll im Nahbereich des Vogelschutzgebiets „Hellwegbörde“ realisiert werden. In diesem Zusammenhang wurde bereits ein Fachbeitrag zur FFH-Verträglichkeitsprüfung (LOSKE 2023A) erarbeitet. Die Anlagenstandorte befinden sich nicht im Geltungsbereich des Natura 2000-Gebiets, jedoch umfasst der Wirkraum der WEA das Vogelschutzgebiet. Vor diesem Hintergrund lässt sich festhalten, dass am Standort des Vorhabens besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 UVPG aufgeführten Schutzkriterien bestehen. Damit liegen die Voraussetzungen vor, eine vertiefte fachliche Grundlage für eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls auf Grundlage erweiterter Kriterien zu erstellen.

5.0 Standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls auf Grundlage erweiterter Kriterien

5.1 Merkmale des Vorhabens

5.1.1 Größe und Ausgestaltung des Vorhabens und so weit relevant, der Abrissarbeiten

Insgesamt werden für die geplanten WEA 14.668 m² Fläche dauerhaft oder temporär in Anspruch genommen (vgl. Tab. 4). Auf insgesamt 7.092 m², im Bereich der Nutzflächen, kann nach der Baumaßnahme der ursprüngliche Zustand von Boden und Biotopstrukturen wiederhergestellt werden.

Abrissarbeiten sind nicht vorgesehen.

Tab. 4 Flächeninanspruchnahme durch die geplanten WEA und die dazugehörigen Nutzflächen.

Art der Beanspruchung	Fläche in m ²		Summe
	WEA 1	WEA 2	
dauerhaft versiegelt <i>Fundament</i>	452	452	904
dauerhaft teilversiegelt <i>Kranstellfläche, Zuwegung</i>	2.550	3.615	6.165
temporär beansprucht <i>Parkfläche, Montagefläche, Lagerfläche, Kranauslege, Müllsammelplatz</i>	3.628	3.464	7.092
dauerhaft unversiegelt <i>Böschung</i>	253	254	507
Summe:	6.883	7.785	14.668

5.1.2 Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten

Es befinden sich neben den beiden geplanten WEA eine weitere zu berücksichtigende WEA im Wirkraum. Diese WEA Ru063 (KREIS SOEST 2024) soll ca. 1.080 m (von Anlagenmittelpunkt zu Anlagenmittelpunkt) nordwestlich des Vorhabens errichtet und betrieben werden.

5.1.3 Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Fläche und Boden

Die konkrete Flächen- bzw. Bodenbeanspruchung ist der Tab. 4 zu entnehmen.

Wasser

Wasser wird für die Errichtung und den Betrieb der geplanten WEA nicht in Anspruch genommen.

Tiere

Eine detaillierte Betrachtung des Schutzgutes Tiere erfolgte in einer gesonderten Artenschutzprüfung (LOSKE 2023B).

Pflanzen

Im Zusammenhang mit der Errichtung der geplanten WEA werden Biotoptypen dauerhaft oder temporär in Anspruch genommen:

Biologische Vielfalt

Die Inanspruchnahme von Freiflächen durch die Reduzierung von Lebensräumen und den Verlust von Lebensraumstrukturen kann zu einer Veränderung der biologischen Vielfalt führen.

5.1.4 Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Absatz 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes

Gemäß KrWG (Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen) gilt grundsätzlich folgende Rangfolge bei der Abfallbewirtschaftung:

1. Vermeidung des Entstehens von Abfällen,
2. Vorbereitung zur Wiederverwendung von Abfällen,
3. Recycling von Abfällen,
4. Sonstige Verwertung, insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung,
5. Beseitigung von nicht wiederverwendbaren oder verwertbaren Abfällen.

Durch die Einhaltung dieser Rangfolge und ergänzende Gesetze zur Verbringung, Behandlung, Lagerung und Verwertung des Abfalles können schädliche Auswirkungen auf die Umweltbelange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a, c und d BauGB (Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, Wirkungsgefüge, Landschaft, biologische Vielfalt, Mensch, Kultur- und Sachgüter) grundsätzlich vermieden werden. Bei nicht sachgemäßem Umgang mit belasteten Abfällen können auf direktem Wege die Schutzgüter Boden, Wasser und Luft kontaminiert werden, was aufgrund der Wechselwirkungen mit den übrigen Schutzgütern zu erheblichen Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, das Klima, das Wirkungsgefüge, die biologische Vielfalt sowie den Menschen haben kann. Auch auf das Landschaftsbild könnten bei wilder Müllentsorgung erhebliche Auswirkungen entstehen. Durch die Wiederverwertung der unbelasteten Abfälle und die sachgemäße Entsorgung von nicht verwertbaren Abfällen werden die Umweltbelange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a bis e BauGB nicht erheblich beeinträchtigt.

Im Zusammenhang mit der **Montage** fallen Verpackungen aus Papier und Pappe, Verpackungen aus Kunststoff und Verpackungen aus Holz sowie Eisenmetalle an. Diese Abfälle werden getrennt gesammelt und durch einen geprüften und zugelassenen lokalen Entsorgungsbetrieb der stofflichen/energetischen Verwertung oder Beseitigung zugeführt.

Abfälle oder Abwasser fallen beim **Betrieb** der geplanten WEA nicht an.

Bei den **Wartungs- und Reparaturarbeiten** fallen unterschiedliche flüssige und pastöse Stoffe an, die bei Ausführung dieser Servicearbeiten eingesammelt und über den Produktionsstandort einem geprüften und zugelassenen Entsorgungsfachbetrieb der stofflichen/energetischen Verwertung oder Beseitigung zugeführt werden. Ein Getriebeölwechsel wird durch einen geprüften und zugelassenen lokalen Entsorgungsfachbetrieb mittels Pumpwagen durchgeführt. Der Entsorgungsfachbetrieb stellt dafür eine Übergabe-/Übernahmebescheinigung aus.

Zur **Abfallvermeidung** werden Großkomponenten wie z. B. Rotorblätter mit wiederverwendbaren Transportgeschirren angeliefert.

5.1.5 Umweltverschmutzung und Belästigungen

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Nutzung von WEA, im Gegensatz zur konventionellen Energieerzeugung, umwelt- und klimafreundlich ist. Eine Umweltverschmutzung durch den Ausstoß von Schadstoffen findet nicht statt.

Mit Errichtung und Betrieb der geplanten WEA sind Umweltverschmutzungen, z. B. eine Verunreinigung von Gewässern oder Böden (vgl. Kap. 3.2), unter Berücksichtigung der derzeit gültigen Vorschriften in Verbindung mit dem aktuellen Stand der Technik nicht zu erwarten.

Potenzielle Belästigungen im Zusammenhang mit dem geplanten Vorhaben für die Schutzgüter „Menschen und seiner Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt“ durch Schallemissionen und Schattenwurf, für „Tiere“ durch u. a. einem Meideverhalten gegenüber WEA oder eine unmittelbare Gefährdung durch Kollisionen sowie für „Pflanzen“ und „biologische Vielfalt“ durch eine Inanspruchnahme von Freiflächen (vgl. Kap. 3.2) können nicht ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang wurden ein Schalltechnisches Gutachten (REKO 2024A), eine Schattenwurfanalyse (REKO 2024B) sowie einen Fachbeitrag zur FFH-Verträglichkeitsprüfung (LOSKE 2023A) und eine Artenschutzprüfung (LOSKE 2023B) erarbeitet. Die Ergebnisse werden in Kap. 5.3.1 zusammenfassen dargestellt.

In dem Kap. 5.3.7 werden generelle Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen der jeweiligen Schutzgüter kurz dargestellt.

5.1.6 Unfallrisiko, insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien

Ein Unfallrisiko durch die verwendeten Stoffe und Technologien zum Bau des Vorhabens wird sich voraussichtlich nicht ergeben.

WEA sind mit Sicherheitssystemen wie Bremssystem, Blitzschutz, Azimutantrieb, Eiserkennung/Eisdetektion sowie Auffangwannen für wassergefährdende Stoffe und einem entsprechenden Überwachungssystem ausgestattet.

WEA unterliegen nicht der Störfallverordnung.

Ein Brandschutzkonzept wird den Antragsunterlagen beigelegt. Unter Berücksichtigung der Umsetzung der in dem Brandschutzkonzept aufgeführten Brandschutzmaßnahmen

bestehen in brandschutztechnischer Hinsicht keine Bedenken gegenüber dem geplanten Vorhaben.

5.1.7 Risiken für die menschliche Gesundheit

Risiken für die menschliche Gesundheit können sich aus Belastungen durch Lärmemissionen und Schattenwurf ergeben. Stoffliche und nichtstoffliche Einträge in Luft, Wasser oder Boden stellen ebenfalls ein Risiko der menschlichen Gesundheit dar. Nachteilige Auswirkungen von Vorhaben auf den Erholungswert durch u. a. optische oder akustische Beeinträchtigungen können zu Wirkungen auf den Menschen und die menschliche Gesundheit führen.

Jedoch ist die zeitliche Befristung der Beeinträchtigung durch WEA zu berücksichtigen, da nach einem Betriebszeitraum von ca. 25 Jahren WEA wieder zurückgebaut werden. Potenzielle Belastungen fallen dann vollständig weg.

Bei dem Betrieb von WEA können die Wirkungen durch Schallemissionen und Schattenwurf sowie die anlagebedingten visuellen Beeinträchtigungen auf das Landschaftsbild zu einer Einschränkung der Erholungsfunktion führen. Die zu erwartenden visuellen Beeinträchtigungen, die aufgrund der baulichen Höhe mit einer Fernwirkung einhergehen, können nicht vermieden bzw. vermindert werden. Für die Schallemissionen und den Schattenwurf liegen entsprechende Richtwerte vor, die mittels Maßnahmen (u. a. schallreduzierter Betrieb, Abschaltmodul Schattenwurf) eingehalten werden und somit zu keiner erheblichen Belastung führen.

Während der Bauzeit sind Überschreitungen stofflicher Emissionen oder Lärm sowie Erschütterungen und Einschränkungen der Erholungsfunktion durch die Inanspruchnahme von Baustellenflächen bzw. Baustellenverkehr nicht vollständig auszuschließen. Diese sind jedoch zeitlich begrenzt und stellen daher kein Risiko für die menschliche Gesundheit dar.

5.2 Standort des Vorhabens

Die ökologische Empfindlichkeit des Gebietes, das von dem geplanten Vorhaben möglicherweise betroffen ist, wird insbesondere hinsichtlich der wesentlichen Nutzungs- und Schutzkriterien und unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich beurteilt.

Die Betrachtung der Belastbarkeit der Schutzgüter gemäß Nr. 2.3 der Anlage 3 UVPG ist Kap. 3.0 zu entnehmen.

5.2.1 Bestehende Nutzungen des Gebietes

Die geplanten WEA sind auf einer intensiv genutzten Ackerfläche in einem landwirtschaftlich geprägten Raum geplant. Im Umfeld der WEA 1 befinden sich eine Baumreihe und einen Gehölzstreifen. Die Wirtschaftswege werden von Saumstreifen begleitet und sind teilweise asphaltiert und teilweise unbefestigt.

Im Untersuchungsgebiet 500 m verlaufen der WestfalenWanderWeg (Hauptwanderweg) sowie zwei örtliche Wanderwege. Westlich der WEA 1 am WestfalenWanderWeg

sowie östlich der WEA 2 am örtlichen Wanderweg sind zudem Schutzhütten verzeichnet.

Die Fließgewässer Mistelgrund und Senneborn sowie der Zufluss Schemmegrundbach befinden sich im Untersuchungsgebiet 500 m. Der Mistelgrund fließt nordöstlich in den Senneborn. An den beiden Fließgewässern Mistelgrund und Senneborn finden sich Brunnenbauwerke.

5.2.2 Reichtum, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen

Fläche und Boden

Insgesamt werden für die geplanten WEA 14.668 m² Fläche dauerhaft oder temporär in Anspruch genommen (vgl. Tab. 4 in Kap. 5.1.1). Auf insgesamt 7.092 m², im Bereich der Nutzflächen, kann nach der Baumaßnahme der ursprüngliche Zustand von Boden wiederhergestellt werden.

Nach einem Betriebszeitraum von ca. 25 Jahren werden die Windenergieanlagen wieder zurück gebaut. Damit folgt auch eine vollständige Entsiegelung und Wiedernutzbarkeit von Böden und Flächen.

Die Bodenverhältnisse an den Anlagenstandorten und im Bereich der Zuwegung werden im Landschaftspflegerischen Begleitplan (MESTERMANN LANDSCHAFTSPLANUNG 2024) ausführlich beschrieben und in ihrer Lage verortet.

Im Untersuchungsgebiet 25 m der WEA 1 und WEA 2 steht eine als tiefgründige Sand- oder Schuttböden mit hoher Funktionserfüllung als Biotopentwicklungspotenzial für Extremstandorte schutzwürdige Braunerde (L4516_B221) an.

Mit der Planung werden an beiden Anlagenstandorten und Nutzflächen vollständig eine schutzwürdige Braunerde beansprucht. Zum Schutz der Braunerde außerhalb des Baufelds ist ein Befahren der Flächen zu vermeiden. Aufgrund der Betroffenheit von schutzwürdigen Bodentypen kommt dem Schutzgut Boden teilweise eine hohe Bedeutung zu.

Wasser

Im Untersuchungsgebiet 500 m befinden sich keine rechtskräftigen Trinkwasser- oder Heilquellenschutzgebiete nach WHG. Westlich des Vorhabens ist ein geplantes Trinkwasserschutzgebiet verzeichnet. Des Weiteren finden sich die Fließgewässer Mistelgrund und Senneborn sowie der Zufluss Schemmegrundbach im Untersuchungsgebiet 500 m (MUNV 2024).

Dem Schutzgut Wasser kommt für die Planung insgesamt jedoch nur eine geringe bis mittlere Bedeutung zu.

Tiere

Die artenschutzrechtlichen Aspekte des Vorhabens werden in einer gesonderten Artenschutzprüfung (LOSKE 2023B) für die WEA 1 und WEA 2 untersucht. Nachfolgend werden die Ergebnisse zusammenfassend dargestellt.

„Bei den Horst- und Revierkartierungen für Groß- und Greifvögel wurden 19 Horste und Reviere festgestellt. 9 Horste waren – auch unter Einbeziehung von Nachkontrollen von April – Juni – besetzt (1 x Rotmilan, 6 x Mäusebussard, 1 x Kolkrabe, 1 x Turmfalke). In Horst Nr. 8 fand eine erfolgreiche Brut des Rotmilans statt. Ein weiteres Revier des Rotmilans (Nr. 18) wurde am 23.4 entdeckt und am 13.5 erneut bestätigt. Im Norden und westlichen Randbereich des UG riefen am 28.1 – motiviert durch Klangattrappen - zwei verschiedene Uhumännchen. Weitere Reviere ohne Horstfund von Sperber (1 x) und Turmfalke (2 x) existierten ebenfalls innerhalb des UG. Insgesamt wurden im UG bzw. seiner unmittelbaren Umgebung 42 planungsrelevante Vogelarten (Brutvögel, Nahrungsgäste) festgestellt, die [...] artenschutzrechtlich besonders zu betrachten sind. Fünf der festgestellten Arten (Rohr- und Wiesenweihe, Rebhuhn, Rotmilan, Uhu und Wachtelkönig) gelten dabei [...] als „WEA-empfindlich“.

Insgesamt weist das UG für Brutvögel einen leicht überdurchschnittlichen Artenreichtum und durchschnittliche Dichten auf (Ausnahme: Bluthänfling, Feldlerche, Rauchschwalbe). Es hat daher nur eine regionale Bedeutung für naturraumtypische, seltene und gefährdete Leit- oder Zielarten der Hellwegbörde wie z.B. Grün- und Schwarzspecht, Neuntöter, Rotmilan, Wachtelkönig, Wachtel und Uhu.“ (LOSKE 2023B).

Die Qualität der Vorhabensfläche in Bezug auf Tiere, mit dem leicht überdurchschnittlichen Artenreichtum, stellt sich insgesamt als standort- bzw. naturraumtypisch dar und ist als mittel zu bewerten.

Pflanzen und biologische Vielfalt

Die Bestandssituation in der Umgebung der geplanten **WEA 1** wird von einer intensiv genutzten Ackerfläche, dem südlich gelegenen asphaltierten Wirtschaftsweg sowie einer südlich des Weges stehenden Baumreihe geprägt. Zwischen dem Acker und dem Wirtschaftsweg befindet sich ein Saumstreifen mit angrenzendem Gehölzstreifen. Der Gehölzstreifen setzt sich aus den Baumarten Birke, Eiche und Kirsche (BHD ca. 30–40 cm) zusammen und weist wenig Unterwuchs auf. Angrenzend an die Baumreihe erstreckt sich im Süden eine Grünlandbrache.

Für die geplante **WEA 2** sollen vorrangig intensiv genutzte Ackerflächen beansprucht werden. Entlang der geplanten Zuwegung befindet sich außerdem ein unbefestigter Wirtschaftsweg zwischen den Ackerflächen, welcher durch die Planung ebenfalls überplant wird.

Die Qualität der Vorhabensflächen in Bezug auf Pflanzen und biologische Vielfalt wird vorwiegend von ihrer landwirtschaftlichen Nutzung geprägt. Mit den Gehölzbeständen finden sich gliedernde und strukturierende Elemente im Raum, die zu einer Erhöhung der biologischen Vielfalt beitragen. In seiner Gesamtheit ist das Schutzgut von mittlerer Qualität.

Landschaft

Die Landschaft im Umfeld des geplanten Vorhabens stellt sich als Teil einer ausgedehnten, flachwelligen Ackerlandschaft dar. Nordwestlich sowie südöstlich der beiden geplanten WEA verlaufen die Bachtäler „Aschental mit Fließgewässer Mistelgrund“ und „Senneborn“. Die beiden Bachtäler sind in ihren Auen von Grünland und entlang der Hänge von Wald begleitet. Entlang eines Wirtschaftsweges südlich der Planung verläuft eine Baumreihe aus Birken. Aufgrund der flachwelligen Geländesituation sind je nach Standort des Betrachters weite Blicke in die Agrarlandschaft mit ihren vereinzelt Gehölzflächen möglich. Östlich der Planung liegt der Siedlungsbereich von Siddinghausen und im Süden der Siedlungsbereich von Meiste.

WEA wirken infolge ihrer baulichen Höhe nicht nur an dem Anlagenstandort, sondern aufgrund der Fernwirkung grundsätzlich weit in den Landschaftsraum hinein. Beeinträchtigungen in das Landschaftsbild durch Windenergieanlagen sind aufgrund der Anlagenhöhe von mehr als 20 m gemäß BNatSchG nicht ausgleichbar oder ersetzbar.

Die Betrachtung der Beeinträchtigung des Landschaftsbilds und anschließende Ermittlung des Ersatzgeldes erfolgte im Landschaftspflegerischen Begleitplan (MESTERMANN LANDSCHAFTSPLANUNG 2024). Dabei fließen die anderen zu berücksichtigenden WEA methodenbedingt als Vorbelastung in die Ermittlung ein.

Die Landschaftsbildeinheiten im Untersuchungsgebiet sind vorwiegend von hoher und sehr hoher Bedeutung für das Landschaftsbild, weshalb das Vorhaben eine Beeinträchtigung der landschaftsbildästhetischen Situation darstellt.

Tab. 5 Flächenanteile der Landschaftsräume in den Untersuchungsgebieten der geplanten Windenergieanlagen (vgl. MESTERMANN LANDSCHAFTSPLANUNG 2024).

Größe des Untersuchungsgebietes 4.298 ha = 100 %		WEA 1		WEA 2	
davon	sehr geringe/geringe Wertstufe	351 ha	8,17 %	361 ha	8,40 %
	mittlere Wertstufe	1.125 ha	26,18 %	1.008 ha	23,45 %
	hohe Wertstufe	482 ha	11,21 %	522 ha	12,15 %
	sehr hohe Wertstufe	2.340 ha	54,44 %	2.407 ha	56,00 %

Die Ersatzgeldermittlung für den Eingriff in das Landschaftsbild erfolgt nach „Erlass für die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen und Hinweise für Zielsetzung und Anwendung (Windenergie-Erlass)“ (MWIDE 2018).

Entsprechend dieser Methodik ergibt sich für den Eingriff in das Landschaftsbild das folgende Ersatzgeld (MESTERMANN LANDSCHAFTSPLANUNG 2024).

WEA 1	117.906,86 €
WEA 2	120.424,64 €
Summe	238.331,50 €

Dem Schutzgut Landschaft kommt eine mittlere bis hohe Bedeutung zu.

5.3 Art und Merkmale der Auswirkungen

Die möglichen erheblichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter gemäß § 2 Abs. 1 UVPG sind anhand der in den Kapiteln 3.0, 5.1 und 5.2 aufgeführten Kriterien zu beurteilen.

5.3.1 Art und Ausmaß der Auswirkungen

Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit

Schallemissionen

Die Schallimmissionsprognose (REKO 2024A) kommt zu folgendem Ergebnis:

„Im Auftrag der Firma MK Windkraft aus Erwitte wurde der Standort auf den Flächen der Stadt Rüthen, Ortsteil Meiste, in Nordrhein-Westfalen für zwei Windenergieanlagen vom Typ Enercon E-160 EP5 E3 R1-5.560 kW mit 166,6 m Nabenhöhe schalltechnisch untersucht. [...]

Die neuen Windenergieanlagen vom Typ Enercon E-160 EP5 E3 R1-5.560 kW mit 166,6 m Nabenhöhe werden gemäß Herstellerdokument Nr. D02444390/ 3.0-de im schallreduzierten Betriebsmodus NR IIs (WEA 01 E-160) sowie im schallreduzierten Betriebsmodus NR IIIs (WEA 02 E-160), frequenzselektiv zzgl. eines verringerten Aufschlags für den oberen Vertrauensbereich gemäß LAI-Hinweisen von 2,1 dB(A) berücksichtigt. Diese Verringerung des oberen Vertrauensbereichs ergibt sich aus der Tatsache, dass die LAI-Hinweise die Prognoseunsicherheit von 1,5 dB(A) auf 1,0 dB(A) gesenkt haben.

Zusätzlich werden in dieser Prognose weitere Windkraftanlagen in der Umgebung des Standortes als Vorbelastung berücksichtigt. Die Daten und Koordinaten der berücksichtigten Anlagen sind dem Kapitel „Projekthinhalte“ zu entnehmen. Für diese Anlagen sind ebenfalls die Schalleingangsdaten frequenzselektiv aufgenommen worden.

Zudem werden in dieser Prognose diverse gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe [Gewerbegebiet Meiste (MeisterWerke Schulte GmbH), Hähnchenmastbetrieb In den Birken 13 + 15 (Kneblinghausen), Ziegenhof Hammweg 31 (Meiste)] untersucht. Die Ermittlung der angesetzten Schallleistungspegel für diese Geräuschquellen kann den einzelnen Kapiteln „Vorbelastungsermittlung ...“ entnommen werden. [...]

Bei der vorliegenden Schallimmissionsprognose ist bei einer Windgeschwindigkeit von 10 m/s in 10 m Höhe, bzw. bei 95 % der Nennleistung, an folgenden maßgeblichen maximal belasteten Immissionspunkten (Richtwert in Klammern), inkl. Berücksichtigung der gewerblichen Vorbelastung:

- IP 01 „Auf dem Scheiten 1, Rüthen-Meiste“ (45,0 dB(A)) ein Beurteilungspegel von 43,6 dB(A)
- IP 12c WA mögl.Hs.GM „Dorfstr. Büren-Weine“ (42,5 dB(A)) ein Beurteilungspegel von 42,4 dB(A)

Standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls auf Grundlage erweiterter Kriterien

- IP 14c WA Hs. 2.R. „Kamp 18 Büren-Siddinghausen“ (40 dB(A)) ein Beurteilungspegel von 41,1 dB(A)

bei einer Aufpunkthöhe von 5 m zu erwarten.

Alle Angaben beziehen sich auf die Nachtstunden von 22:00 Uhr – 6:00 Uhr.

Die oben genannten Ergebnisse sowie auch alle anderen gelten, z. T. unter Berücksichtigung der TA-Lärm 6.7 „Gemengelage“, der TA-Lärm 3.2.1, Abs. 3, wonach eine 1-dB(A)-Überschreitung aufgrund der Vorbelastung zulässig ist, inkl. Berücksichtigung des Kapitels „Reflexion“, als eingehalten.

Dementsprechend sind die neuen, hier beurteilten Anlagen, im schallreduzierten Betriebsmodus NR IIs und NR IIIs, unter Berücksichtigung der angenommenen Gesamtbelastung, genehmigungsfähig.

Da die Tagesrichtwerte um 15 dB(A) höher liegen als die Nachtrichtwerte, die Schallleistungspegel zur Tagzeit aber nur 1,6 dB(A) (Mode NR IIs) und 2,3 dB(A) (Mode NR IIIs) lauter werden, wird auf eine separate Untersuchung der Tagsituation verzichtet.

Folgt man den vorangegangenen Festsetzungen und nachfolgenden detaillierten Ausführungen, so bestehen gegen die Errichtung der geplanten Enercon-Anlagen vom Typ E-160 EP5 E3 R1-5.560 kW mit 166,6 m Nabenhöhe, in den entsprechenden schallreduzierten Betriebsweisen, im Falle einer Beurteilung nach der TALärm incl. Berücksichtigung der LAI-Hinweise, keine Bedenken.“ (REKO 2024A)

Schattenwurfdauer

Die Schattenwurfanalyse (REKO 2024B) kommt zu folgendem Ergebnis:

„Im Auftrag der Firma MK Windkraft aus Erwitte wurde der Standort auf den Flächen der Stadt Rütten, Ortsteil Meiste, in Nordrhein-Westfalen für zwei Windenergieanlagen vom Typ Enercon E-160 EP5 E3 R1-5.560 kW mit 166,6 m Nabenhöhe hinsichtlich möglichen Schattenwurfs untersucht. [...]

Die Untersuchung der Zusatzbelastung zeigt, dass die neuen, hier beurteilten Anlagen an den Rezeptoren IP 07, IP 09, IP 14a, IP 14c, IP 15a, IP 15b, IP 15c und IP 17 periodischen Schlagschatten oberhalb der Richtwerte verursachen.

Dementsprechend kann festgehalten werden, dass die neuen, schattenverursachenden Anlagen mit einem Schattenwurfabschaltmodul ausgestattet werden muss, um das Einhalten der Richtwerte zu gewährleisten.

Diese Richtwerte sind „worst-case“ mit maximal 30 h / Jahr und maximal 30 min / Tag definiert worden.

Vorangegangene Festsetzungen gelten unabhängig von den technischen Möglichkeiten der Schattenwurfabschaltmodule der unterschiedlichen Hersteller zu deren Umsetzung.

Unter Berücksichtigung der vorangegangenen Ausführungen und der nachfolgend detailliert beschriebenen Vorgehensweise, stehen der Errichtung der zwei geplanten Enercon-Windkraftanlagen vom Typ Enercon E-160 EP5 E3 R1-5.560 kW mit 166,6 m

Nabenhöhe an diesem Standort keine schattenwurftechnischen Belange entgegen.“
(REKO 2024B)

Nachteilige Umwelteinwirkungen auf das Schutzgut Mensch und insbesondere die menschliche Gesundheit durch Schallemissionen oder den Schattenwurf werden unter Berücksichtigung der genannten Maßnahmen (Schallreduzierter Betriebsmodus, Einsatzes eines Schattenwurfabschaltmoduls) nachteilige Umwelteinwirkungen nicht erwartet.

Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Die Artenschutzprüfung (LOSKE 2023B) kommt nach Bewertung des Konfliktpotenzials und der Artenschutzprüfung zu dem Ergebnis, dass es bei allen WEA-empfindlichen Vogelarten [...] durch die Errichtung der WEA 1 und der WEA 2 bei einem schicksalhaften, allgemeinen und nicht signifikant erhöhten Tötungsrisiko bleibt. Weitgehende, artspezifische Vermeidungs- und Ausgleichskonzepte sind aus gutachterlicher Sicht nicht zwingend erforderlich. Allerdings werden in Kap. 5 der Artenschutzprüfung aus der Sicht des Gutachters und aus Gründen der Vorsorge bestimmte „weiche“ Vermeidungsmaßnahmen für den Rotmilan beschrieben, von denen auch der Uhu profitiert. Es handelt sich dabei um die Bauzeitenregelung, erntebedingte Abschaltungen der WEA im 250 m-Radius und die Schaffung unattraktiver Mastfußbereiche.

Durch die Errichtung der geplanten WEA mit den erforderlichen Nutzflächen und Zuwegungen werden vorwiegend Biotope mit geringer ökologischer Wertigkeit entfernt bzw. in ihrer Form verändert. Der Flächenbedarf der Planung wurde auf das absolut notwendige Maß beschränkt. Die Beeinträchtigungen des Schutzgutes Pflanzen sind im Sinne der Eingriffsregelung als erheblich einzustufen, diese können aber durch geeignete Maßnahmen (vgl. MESTERMANN LANDSCHAFTSPLANUNG 2024) ausgeglichen bzw. ersetzt werden. Unter Berücksichtigung der Kompensierbarkeit der Beeinträchtigungen ist nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen im Sinne des UVPG auf das Schutzgut Pflanzen zu rechnen. Zum Ausgleich der mit dem geplanten Vorhaben einhergehenden Beeinträchtigungen ist gemäß Landschaftspflegerischem Begleitplan (MESTERMANN LANDSCHAFTSPLANUNG 2024) im Zuge der Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen eine Biotopwertverbesserung von insgesamt **7.496 Biotoppunkten** (WEA 1 = 3.437 Biotoppunkte, WEA 2 = 4.059 Biotoppunkte) vorzunehmen).

Der Landschaftsraum und seine biologische Vielfalt ist hinsichtlich seiner Biotopausstattung und des vorkommenden Artenspektrums als naturraumtypisch ausgeprägt zu beschreiben. Das geplante Vorhaben wird zu keinen Änderungen dieser Einstufung führen.

Erhebliche Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt werden unter Berücksichtigung der Umsetzung von Maßnahmen nicht erwartet.

Fläche und Boden

Der beanspruchte Bodentyp stellt sich aufgrund der landwirtschaftlichen Nutzung als anthropogen überprägt dar, ist jedoch tiefgründige Sand- oder Schuttböden mit hoher Funktionserfüllung als Biotopentwicklungspotenzial für Extremstandorte schutzwürdig.

Standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls auf Grundlage erweiterter Kriterien

Der Verlust der als schutzwürdig eingestuften Braunerde (L4516_B221) beträgt insgesamt ca. 7.069 m² (vgl. Tab. 4 in Kap. 5.1.1) (dauerhaft versiegelt = 904 m², dauerhaft teilversiegelt = 6.165 m²). Des Weiteren werden insgesamt 507 m² der schutzwürdigen Braunerde für die Böschungsbereiche dauerhaft in Anspruch genommen. Diese Böschungsbereiche verbleiben jedoch unversiegelt. Temporär werden ca. 7.092 m² des schutzwürdigen Bodentyps beansprucht.

Nachteilige Umwelteinwirkungen durch die Versiegelung von Boden werden im Zuge des Eingriffs in den Naturhaushalt und somit bei der Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen berücksichtigt.

Erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Boden werden nicht erwartet.

Wasser

Durch die Errichtung der geplanten WEA kommt es zu einer Flächenversiegelung bzw. Flächenteilversiegelung auf insgesamt 7.069 m² (vgl. Tab. 4 in Kap. 5.1.1). Insgesamt werden davon 904 m² vollversiegelt. Das anfallende Oberflächenwasser kann aber auf den unmittelbar angrenzenden Flächen vor Ort versickern. Auf den teilversiegelten Flächen, welche aus Mineralgemisch hergestellt werden, ist eine flächige Niederschlagsversickerung weiterhin möglich. Insgesamt wird durch die geplanten WEA die Grundwasserneubildungsrate nicht verringert.

Zur Vermeidung von Umweltverschmutzungen während der Bauphase sind entsprechende Maßnahmen erforderlich. Betriebsbedingte Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser sind aufgrund der sicherheitstechnischen Ausstattung der WEA nicht erforderlich.

Erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Wasser werden nicht erwartet.

Luft und Klima

Durch die Überbauung von Flächen werden mikroklimatische Veränderungen eintreten; diese sind jedoch lokal auf kleine Teilbereiche beschränkt. Durch die Anlage und den Betrieb der WEA sind außerdem keine Beeinträchtigungen des Schutzgutes Klima und Luft zu erwarten. Allenfalls während der eigentlichen Bauphase kann es zu temporären Belastungseffekten durch Schadstoffemissionen durch die eingesetzten Baumaschinen oder Staubemissionen kommen.

Erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Luft und Klima werden nicht erwartet.

Landschaft

WEA wirken infolge ihrer baulichen Höhe nicht nur an dem Anlagenstandort, sondern aufgrund der Fernwirkung grundsätzlich weit in den Landschaftsraum hinein. Der ästhetische Einfluss nimmt jedoch mit zunehmender Entfernung zunächst langsam und dann immer schneller ab. In einer gewissen Entfernung zum Anlagenstandort werden die Windenergieanlagen jedoch visuell nicht mehr wahrnehmbar sein.

Erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Landschaft werden nicht erwartet.

5.3.2 Grenzüberschreitender Charakter der Auswirkungen

Die Auswirkungen der geplanten WEA besitzen keinen grenzüberschreitenden Charakter.

5.3.3 Schwere und Komplexität der Auswirkungen

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die größtenteils lokal begrenzten Umweltauswirkungen von geringer Schwere und Komplexität sind. Lediglich Wirkungen auf das Landschaftsbild haben grundsätzlich weitreichende Wirkungen.

Nachteilige Umweltverschmutzungen und Belästigungen können zuverlässig mit anerkannten Maßnahmen vermieden oder gemindert werden. Im weiteren Genehmigungsverfahren werden entsprechende Untersuchungen durchgeführt und Wirkungen auf die Schutzgüter analysiert bzw. bewertet. Es erfolgt dabei die ausführliche Beschreibung von Projektwirkungen und die Entwicklung von erforderlichen Maßnahmenkonzepten zur Vermeidung und Minderung nachteiliger Wirkungen.

Allgemeine Vermeidungsmaßnahmen, die regelmäßig bei Vorhaben der Windenergie relevant sind, werden in Kap. 5.3.7 kurz dargestellt.

5.3.4 Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen

Die beschriebenen Auswirkungen werden eintreten. Erhebliche und/oder nachteilige Auswirkungen können bei Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen und der Kompensation der Eingriffe vermieden oder vermindert bzw. ausgeglichen oder ersetzt werden.

5.3.5 Zeitpunkt des Eintretens sowie Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen

Die in den vorangegangenen Kapiteln beschriebenen Auswirkungen sind dauerhaft und treten mit der Errichtung und dem Betrieb der geplanten WEA ein.

Nach einem Betriebszeitraum von ca. 25 Jahren werden die WEA wieder zurückgebaut, der Eingriff ist demnach reversibel.

5.3.6 Zusammenwirken mit Auswirkungen anderer Vorhaben

Im Umfeld der geplanten WEA ist eine weitere WEA (Ru063) geplant, die im Sinne des Windfarmgedankens bei der Betrachtung der Auswirkungen auf die Schutzgüter berücksichtigt wird. Bei der Schallimmissionsprognose (REKO 2024A) und der Schattenwurfanalyse (REKO 2024B) werden zusätzlich weiter entfernt liegende WEA berücksichtigt.

Aufgrund der Vorhabenscharakteristik in Verbindung mit der Reichweite der Projektwirkungen und der Entfernungen zueinander werden kumulierende erhebliche Wirkungen mit der WEA Ru068 im Raum auf die Schutzgüter nicht erwartet.

5.3.7 Verminderung von Auswirkungen

Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit

Schall

- Unter Berücksichtigung des Betriebs der WEA 1 und WEA 2 im schallreduzierten Betriebsmodus NR IIs und NR IIIs werden die entsprechenden Richtwerte eingehalten und die WEA sind genehmigungsfähig (vgl. REKO 2024A)

Schattenwurf

- Zur Einhaltung der Richtwerte sind die geplanten WEA 1 und WEA 2 mit einem Schattenwurfabschaltmodul auszustatten und zu betreiben. Unter Berücksichtigung dieses Schattenwurfabschaltmoduls sind die WEA genehmigungsfähig (vgl. REKO 2024B)

Tiere

Die Artenschutzprüfung (LOSKE 2023B) führt folgende „weiche“ Maßnahmen zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Betroffenheiten auf:

Bauzeiten

- „Zur Einhaltung des Tötungsverbotes des § 44, Abs. 1, Nr. 1 BNatSchG, sind folgende Vermeidungsmaßnahmen während der Baufeldräumung notwendig: Im Zeitraum von 01.03. bis 30.09. ist zur Vermeidung baubedingter Beeinträchtigungen des Brutgeschehens eine Bautätigkeit auszuschließen. Eine alternative Bauzeitenregelung ist möglich, wenn der Antragsteller nachweist, dass zum Zeitpunkt des Baus durch die Errichtung der Anlagen keine Beeinträchtigungen des Brutgeschehens erfolgt. Dies wäre der Fall, wenn im Jahr der Realisierung im Gebiet keine durch die Maßnahmen betroffenen Brutvögel nachweisbar sind oder durch ein spezifisches Management (z. B. angepasste Bauablaufplanung) Beeinträchtigungen von Brutvögeln ausgeschlossen werden. Der Nachweis ist vor dem beabsichtigen [sic] Baubeginn, gestützt auf gutachterliche Aussagen, zu erbringen und der Genehmigungsbehörde zur Bestätigung vorzulegen.“ (LOSKE 2023B)

Erntebedingte Abschaltung der WEA im 250 m-Radius bei Mahd, Ernte und bodenwendenden Maßnahmen

- „Da das UG in einem Schwerpunktorkommen vom Rotmilan liegt, Milanansammlungen bei Mahdereignissen während der Brutzeit und ein Sammelgeschehen im Spätsommer/Herbst festgestellt wurde, werden trotz des Fehlens von Brutplätzen im 1.200 m-Radius kurzfristige Betriebszeiteinschränkungen in Abhängigkeit von Mahd und Ernte vorgeschlagen, da gemähte Flächen attraktive Jagdhabitats darstellen. Die Maßnahmenwirksamkeit setzt vertragliche Vereinbarungen zwischen WEA-Betreiber und Flächenbewirtschaftern voraus,

Standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls auf Grundlage erweiterter Kriterien

wobei der Flächenbezug mindestens 250 m um die jeweilige WEA beträgt. Diese Maßnahme sieht eine vorübergehende Abschaltung der WEA Nr. 1 und 2 im Falle der Grünlandmahd und Ernte von Feldfrüchten sowie bodenwendender Maßnahmen auf Flächen vor, die in weniger als 250 m Entfernung vom Mastfußmittelpunkt einer WEA gelegen sind. Die Abschaltmaßnahmen sollen von Beginn des Bewirtschaftungsereignisses bis mindestens 24 Stunden nach Beendigung des Bewirtschaftungsereignisses jeweils von Beginn und Ende der bürgerlichen Dämmerung erfolgen. Durch die Abschaltung der WEA während und kurz nach dem Bewirtschaftungsereignis wird eine Reduktion des durch das erleichterte Nahrungsangebot temporär erhöhten Kollisionsrisikos erreicht. Die Maßnahmenwirksamkeit setzt eine Erfassung, Meldung und Dokumentierung dieser auslösenden Ereignisse sowie der erfolgten Abschaltung voraus. Dies kann zum Beispiel über vertragliche Vereinbarungen zwischen Betreiber der WEA und den Flächenbewirtschaftern sichergestellt werden. Daneben kommen die Abschaltungen auch dem nachtaktiven Uhu ergänzend zugute.“ (LOSKE 2023B)

Schaffung unattraktiver Mastfußbereiche

- „Durch die Minimierung und unattraktive Gestaltung des Mastfußbereiches (entspricht der vom Rotor überstrichenen Fläche zuzüglich eines Puffers von 50 m) sowie der Kranstellfläche, kann die Anlockwirkung von Flächen im direkten Umfeld der WEA für kollisionsgefährdete Arten verringert werden. Eine Reduzierung der Mastfußflächen und Kranstellplätze auf das unbedingt erforderliche Maß wird vorausgesetzt. Als alleinige Schutzmaßnahme ist diese Maßnahme jedoch nicht geeignet. Es sollten keine Strukturen entwickelt oder geschaffen werden, die auf WEA-empfindliche Arten attraktive Wirkungen ausüben (z. B. Teiche, Baumreihen, Hecken, Misthaufen, organische Düngung). Auf Kurzrasenvegetation, Brachen sowie auf zu mähendes Grünland ist in jedem Fall zu verzichten.“ (LOSKE 2023B)

Pflanzen

- Begrenzung der Flächeninanspruchnahme auf das unbedingt erforderliche Maß
- Vermeidung der Inanspruchnahme von ökologisch wertvollen Flächen
- Auswahl geeigneter Lager- und Stellflächen
- Nutzung vorhandener Wirtschaftswege, Verminderung von zusätzlich anzulegenden Wegen
- Planung von wasserdurchlässiger, nicht vollständig versiegelter Betriebsflächen
- Zur Minderung der Wirkungen auf die Vegetation sollten alle Vegetationsbestände, die nicht von dem geplanten Vorhaben temporär oder dauerhaft in Anspruch genommen werden, vor Beeinträchtigungen z. B. durch Befahrung oder Materiallagerung geschützt werden.

Standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls auf Grundlage erweiterter Kriterien

- Weiterhin ist die DIN 18920 Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen zu beachten.

Schutz von Gehölzen gemäß DIN 18920 vor mechanischen Schäden:

- Zum Schutz gegen mechanische Schäden (z. B. Quetschungen und Aufreißen der Rinde, des Holzes und der Wurzeln, Beschädigung der Krone) durch Geräte, Fahrzeuge und sonstige Bauvorgänge, sind Bäume im Baubereich durch einen Zaun nach 4.5 [etwa 2, 00 m hoher Zaun] zu schützen. Er muss den gesamten Wurzelbereich umschließen, sofern der Schutz nicht durch andere Maßnahmen sichergestellt ist. Als Wurzelbereich gilt die Bodenfläche unter der Krone von Bäumen (Kronentraufe) zuzüglich 1,50 m, bei Säulenform zuzüglich 5,00 m nach allen Seiten. Kann aus Platzgründen nicht der gesamte Wurzelbereich geschützt werden, muss der zu schützende Bereich möglichst groß sein und insbesondere die offene Bodenfläche umfassen (vgl. Kapitel 4.6 der DIN 18920).

Fläche und Boden

Für die durch das Vorhaben dauerhaft beanspruchten Böden im Bereich der Anlagenstandorte sowie die dauerhafte Befestigung der Betriebsflächen können keine Verminderungs- oder Vermeidungsmaßnahmen formuliert werden. Grundsätzlich sind die folgenden Maßnahmen zu beachten:

- Reduzierung der Baubedarfsflächen auf das unbedingt erforderliche Maß
- Einhaltung der Baufeldgrenzen
- Sicherung angrenzender Flächen gegen Befahren und Nutzung
- Freimachung der Baufelder unter Einsatz bodenschonender Bau- und Räumfahrzeuge
- Abtrag des humosen Oberbodens mit Kettenbaggern, möglichst vor Kopf
- fachgerechte Trennung der Bodenhorizonte bei Ausbau, Lagerung und Einbau
- anfallender Bodenaushub ist fachgerecht, entsprechend den Vorgaben der DIN 19639, DIN 18 915 sowie der DIN 19731 auf Mieten zu lagern
- zur Minderung der Bodenverdichtung sind punktuelle und hohe Auflasten vor der Fertigstellung der Flächen zu vermeiden
- vollständiger Rückbau der temporär beanspruchten Flächen unter Zuhilfenahme von Geotextilien als Trennschicht zwischen Oberbau und Unterbau
- Wiederherstellung der natürlichen Bodenverhältnisse nach Abschluss der Bauarbeiten, dabei ist negativen Bodenveränderungen wie beispielsweise Schädigungen und Gefügeschäden mit geeigneten Mitteln zu begegnen
- der Einbau von Fremdmaterial, welches in die durchwurzelbare Bodenschicht der beanspruchten Flächen eingebaut wird, ist nicht vorgesehen

Standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls auf Grundlage erweiterter Kriterien

- vorzugsweise ist der vor Ort anfallende Bodenaushub wieder einzubauen, sollte dennoch der Einbau von Fremdmaterial notwendig werden, sind gemäß §12 BBodSchV Materialien nach den Vorgaben des Anhang 1 BBodSchV zu prüfen und zu bewerten, bevor sie im Boden ein- und aufgebracht werden dürfen

Wasser

- Minimierung der Unfallgefahr durch verkehrsregelnde Maßnahmen
- das Abfüllen von Öl und Treibstoffen ist nur mit zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern und außerhalb von Baugruben zulässig
- Betankungen, Reparatur- und Wartungsarbeiten erfolgen auf dafür speziell eingerichteten Flächen
- für die Herstellung von Trag- und Deckschichten sind unbelastete, nicht auswasch- oder auslaugbare Stoffe und Baumaterialien zu verwenden, von denen auf Grund ihrer Eigenschaften und ihres Einsatzes nachweislich keine Boden- oder Grundwasserverunreinigung ausgeht
- Sollten während der Baudurchführung wassergefährdende Flüssigkeiten austreten, z. B. beim Betanken oder aufgrund von Leckagen an Fahrzeugen und Maschinen, sind diese sofort aufzunehmen und schadlos zu beseitigen. Die entsprechenden Geräte und ausreichende Bindemittel zur Aufnahme sind stets bereitzuhalten. Das Baustellenpersonal ist über den Lagerort des Bindemittels konkret zu informieren; darüber hinaus ist der Verwahrort zu kennzeichnen.

Landschaft

- Die Auswirkungen des Vorhabens auf die Landschaft können nicht vermindert oder vermieden werden.

Luft und Klima

- Vorhabensspezifische Wirkungen auf die Schutzgüter Luft und Klima sind ausgeschlossen. Ein Bedarf an Maßnahmen ergibt sich daher nicht.

Schutzgebiete und besonders geschützte Bereiche

- Die „weichen“ Vermeidungsmaßnahmen für den Rotmilan nach LOSKE (2023A) übernehmen im Zusammenhang mit der FFH-Verträglichkeit eine Funktion als Vermeidungs-/Schadensbegrenzungsmaßnahme.
Ein weitergehender Bedarf an Maßnahmen ergibt sich daher nicht (vgl. LOSKE 2023A).

6.0 Abschätzung der Umweltauswirkungen

Das MK Windkraft Beteiligungsprojekt plant nordöstlich von Meiste, Stadt Rüthen im Kreis Soest die Errichtung und den Betrieb von zwei Windenergieanlagen (WEA) des Typs ENERCON E-160. Die WEA sind auf einer Ackerfläche geplant. Es handelt sich um die Flurstücke 11 und 39 der Flur 4 in der Gemarkung Meiste.

Vorgesehen ist die Errichtung von zwei WEA des Typs Enercon E-160 mit einer Nabenhöhe von 166,60 m und einem Rotordurchmesser von 160,0 m. Die Gesamthöhe der einzelnen Windenergieanlage beträgt demnach 246,60 m.

Es befindet sich eine weitere, beantragte WEA (Ru063 (KREIS SOEST 2024)) im betrachtungsrelevanten Umfeld der geplanten WEA. Gemäß Anlage 1 UVPG ist bei der „Errichtung und dem Betrieb einer Windfarm mit einer Gesamthöhe von jeweils mehr als 50 m“ mit „3 bis weniger als 6 Windkraftanlagen“ (Nr. 1.6.3) eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen.

Die Anlagenstandorte befinden sich nicht im Geltungsbereich des Natura 2000-Gebiets, jedoch umfasst der Wirkraum der WEA das Vogelschutzgebiet. Vor diesem Hintergrund lässt sich festhalten, dass am Standort des Vorhabens besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 UVPG aufgeführten Schutzkriterien bestehen. Damit liegen die Voraussetzungen vor, eine vertiefte fachliche Grundlage für eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls auf Grundlage erweiterter Kriterien zu erstellen.

Dieser Fachbeitrag zur erweiterten Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 UVPG kommt zu der Einschätzung, dass sich unter Berücksichtigung der aufgeführten Vermeidungsmaßnahmen keine erheblichen und nachteiligen Umweltauswirkungen ergeben. Gemäß dieser gutachterlichen Einschätzung wird daher keine UVP-Pflicht ausgelöst. Für das geplante Vorhaben ergibt sich auf Grundlage dieser Einschätzung kein Erfordernis für die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Die abschließende Bewertung der Umweltauswirkungen und Feststellung einer UVP-Pflicht obliegt der zuständigen Behörde.

Warstein-Hirschberg, Dezember 2024



Bertram Mestermann
Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt

Quellenverzeichnis

Quellenverzeichnis

- BMU (2003): Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Leitfaden zur Vorprüfung des Einzelfalls im Rahmen der Feststellung der UVP-Pflicht von Projekten. Bonn.
- KREIS SOEST (2024): Geoinformationsserver. Windkraftanlagen im Kreis Soest. (WWW-Seite): <https://gis.kreis-soest.de/portal/apps/webappviewer/index.html?id=6e0198c8ff3e4c30baed304ae2c52b02>
Zugriff: 13.12.2024
- LANUV (2024): Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen. Landschaftsinformationssammlung NRW @LINFOS. WWW-Seite: <https://linfos.naturschutzinformationen.nrw.de/atlinfos/de/atlinfos>
Zugriff: 16.12.2024
- LOSKE (2023A): FFH-Verträglichkeitsprüfung (FFH-VP) nach § 34 Abs. 1 BNatSchG zur Errichtung und zum geplanten Betrieb von zwei Windkraftanlagen (WEA Nr. 1-2) nordöstlich von Meiste, Stadt Rüthen, Kreis Soest. Salzkotten-Verlar.
- LOSKE (2023B): Artenschutzfachbeitrag zur Errichtung und zum geplanten Betrieb von zwei Windkraftanlagen (WEA Nr. 1-2) nordöstlich von Meiste, Gemeinde Rüthen, Kreis Soest. Salzkotten-Verlar.
- LWL (2010): Kulturlandschaftlicher Fachbeitrag zum Regionalplan Regierungsbezirk Arnsberg. Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis). Münster.
- LWL (2017): Kulturlandschaftlicher Fachbeitrag zum Regionalplan Regierungsbezirk Detmold. Münster.
- MESTERMANN LANDSCHAFTSPLANUNG (2024) Landschaftspflegerischer Begleitplan zum Antrag auf Errichtung und Betrieb von zwei Windenergieanlagen nördlich von Meiste, Stadt Rüthen, Kreis Soest. Warstein-Hirschberg.
- MUNV (2024): Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. ELWAS-WEB. (WWW-Seite) <https://www.elwas-web.nrw.de/elwas-web/index.xhtml>
Zugriff: 16.12.2024
- MWIDE (2018): Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie. Gemeinsamer Runderlass für die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen und Hinweise für die Zielsetzung und Anwendung (Windenergie-Erlass) vom 8. Mai 2018. Düsseldorf.
- REKO (2024A): Schallimmissionsprognose für Emissionen aus dem Betrieb von Windenergieanlagen für den Standort Rüthen – Meiste 2 ENERCON E-160 EP5 E3 R1-5.560kW mit 166,6 m NH unter Berücksichtigung diverser weiterer Windkraftanlagen. Paderborn.

Quellenverzeichnis

REKO (2024B): Schattenwurfanalyse für den Betrieb von Windenergieanlagen für den Standort Rüthen – Meiste 2 ENERCON E-160 EP5 E3 R1-5.560kW mit 166,6 m NH unter Berücksichtigung diverser weiterer Windkraftanlagen. Paderborn.